Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 25 (1933)

Heft: 4

Artikel: Material gegen den Lohnabbau

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352626

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Material gegen den Lohnabbau.

Lohnabbau und Export.

Der Ausgangspunkt für die Forderung auf Lohnabbau war bei uns in der Schweiz wie auch im Ausland das Argument: Die Produktionskosten müssen gesenkt werden, um den Export wieder zu heben und das kann nur geschehen durch Abbau der Löhne.

Wir wollen hier dieses Argument auf seine Stichhaltigkeit prüfen an Hand eines Vergleichs der Ausfuhrzahlen verschiedener Länder. Da der Lohnabbau in den einzelnen Ländern in ganz ungleichem Ausmass zur Anwendung kam, so sollte das an den Exportzahlen sichtbar sein in dem Sinne, dass die Länder, die die « Anpassungsparole » rascher und durchgreifender verwirklicht haben, einen geringeren Exportrückgang aufweisen als jene Länder, wo der Lohnabbau infolge des erfolgreichen Widerstands der Arbeiterschaft nur in viel schwächerem Ausmass durchgeführt werden konnte.

Wir stellen die Ausfuhrzahlen einer Reihe von Ländern einander gegenüber für die letzten 4 Jahre. Für die Länder mit Währungsabwertung haben wir die Ausfuhr auf Goldwert umgerechnet.

Ausfuhr in Millionen der Landeswährung.

	1929	1930	1931	1932
Schweiz, Schweizerfranken	2,098	1,762	1,349	801
Deutschland, Reichsmark	13,483	12,036	9,599	5,739
Frankreich, Francs	50,136	42,840	30,420	19,692
Italien, Lira	15,240	12,120	10,212	6,816
Oesterreich, Schilling	2,184	1,848	1,291	762
Grossbritannien, Pfund Sterling	724	571	391	365
Gold-Pfund			362	261
Dänemark, Kronen	1,615	1,524	1,260	1,081
Gold-Kronen			1,170	752
Schweden, Kronen	1,812	1,550	1,122	944
Gold-Kronen			1,049	737
Vereinigte Staaten, Dollars	5,158	3,781	2,378	1,618
Japan, Yen	2,100	1,430	1,117	1,362
Gold-Yen			1,088	755

Auf Grund dieser Zahlen haben wir für jedes Land einen Exportindex berechnet, wobei die Ausfuhr des Jahres 1929, in dem im allgemeinen die Konjunktur noch gut war und die Ausfuhr sogar Höchstziffern erreichte, als Basis = 100 angenommen wurde. Die Zahlen für die Jahre 1930/32 geben somit an, wieviele Prozent die Ausfuhr in diesen Jahren von der Ausfuhr von 1929 betrug. Die Differenz gibt den prozentualen Exportrückgang an. Selbstverständlich ist zu beachten, dass es sich um die Veränderung der Exportwerte handelt. Die Exportmengen haben in allen Ländern weniger stark abgenommen, da in der Zwischenzeit ein Preisrückgang eingetreten ist. Für die Länder mit Valutaentwertung wurden die Ausfuhrzahlen in Gold zugrundegelegt.

Ausfuhr in Prozent des Ausfuhrwertes von 1929.

	1929	1930	1931	1932	Ausfuhr-Rückgang 1929/32 in %
Schweiz	100	48	64	38	62
Deutschland . . .	100	89	71	43	57
Frankreich . . .	100	85	61	39	61
Italien	100	79	67	45	55
Oesterreich . . .	100	85	59	29	71
Grossbritannien . .	100	79	50	36	64
Dänemark . . .	100	94	72	47	53
Schweden	100	86	58	41	59
Vereinigte Staaten .	100	73	46	31	69
Japan	100	68	52	36	64

Diese Tabelle, die die Ausfuhr aller Länder auf einen gleichen Nenner bringt, zeigt, dass der Export überall stark zurückgegangen ist. Die Differenzen im Rückgang sind verhältnismässig klein. Der Exportverlust ist am grössten in Oesterreich mit 71 Prozent, am geringsten in Dänemark mit 53 Prozent. Der Unterschied zwischen dem günstigsten und ungünstigsten Land beträgt somit nur 18 Prozent. Es wird schwer halten, die vorhandenen geringen Differenzen etwa mit Unterschieden im Lohnniveau begründen zu wollen. Man könnte allerhöchstens schliessen, dass die Länder mit starker Valutaentwertung (Dänemark, Schweden) vom Ausfuhrrückgang etwas weniger schwer betroffen wurden. Doch England widerlegt auch dieses Argument. Die Schweiz befindet sich mit ihrem Exportverlust etwa in der Mitte dieser guten Gesellschaft. Länder mit weitgehend durchgeführtem Lohnabbau (Oesterreich, Vereinigte Staaten) oder mit Währungsabwertung (England) haben auf den ausländischen Märkten mehr an Boden verloren als unser Land.

Diese Zahlen sind ein weiterer Beleg für die Behauptung der Gewerkschaften: Der Lohnabbau ist kein taugliches Mittel zur Förderung der Ausfuhr. Er kann den Ausfuhrindustrien in der Krise keine Erleichterung bringen, während er dagegen die Inlandwirtschaft schwer schädigt.

Lohnabbau und Finanzlage der Eisenbahnen.

Neben dem Exportargument muss gewöhnlich auch die infolge der Krise schwierig gewordene Finanzlage herhalten zur Begründung des Lohnabbaues, und zwar in erster Linie die Finanzlage des Staates und auch die der Staatsbetriebe. Man erklärt: Die Defizite des Staates und der öffentlichen Unternehmungen müssen beseitigt werden durch Lohnabbau beim Personal. Mit der gleichen Begründung wird auch in den privaten Unternehmungen der Lohnabbau verlangt.

Wir wollen auch dieses Argument auf seine Stichhaltigkeit prüfen, und zwar an Hand der Betriebsergebnisse der Eisenbahnen, der grössten Unternehmungen, die zum Teil von der öffentlichen Hand verwaltet werden, in einigen Ländern von privaten Gesellschaften. Die Finanzverhältnisse des Staates eignen sich nicht gut zur Prüfung der uns interessierenden Frage, da das keine Produktivbetriebe sind, sondern die Einnahmen hängen von der Steuerpolitik ab. Bei den Eisenbahnbetrieben muss es sich jedoch zeigen, ob es richtig ist, was die Befürworter des Lohnabbaues behaupten, dass deren Finanzlage durch Abbau der Arbeitslöhne saniert werden kann.

Wir veröffentlichen zunächst die Einnahmen der grössten Eisenbahnunternehmungen der Welt, und zwar aus unverdächtiger Quelle. Die Zahlen sind nämlich den Monatsberichten des Schweizerischen Bankvereins entnommen, der sie aus der «Reichsbahn» zitiert.

	Einnahmen 1931 in Millionen RM.	Veränderung 1931 gegen 1929 in %
Schweiz	315	— 6
Frankreich	2,367	— 10
England	3,472	— 13
Deutschland . . .	3,849	— 28
Italien	856	— 23
Vereinigte Staaten . .	17,794	— 33

Nun wird man erklären, dass die Einnahmen und der Einnahmenrückgang an sich noch wenig besage, da es auf das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben ankomme.

Die Veränderung der Betriebsausgaben und des Betriebsüberschusses im Jahr 1931 im Vergleich zum Jahre 1929 beträgt:

	Veränderung 1931 gegen 1929 in % Betriebsausgaben	Betriebsüberschuss
Schweiz	+ 1	— 22
Frankreich	+ 9	— 79
England	— 9	— 24
Deutschland	— 19	— 74
Italien	— 17	— 60
Vereinigte Staaten . .	— 28	— 52

Ausser Frankreich ist die Schweiz das einzige Land, wo die Betriebsausgaben der Eisenbahnen sich von 1929 bis 1931 vermehrt haben, allerdings nur um 1 Prozent. Die Schweiz ist auch dasjenige Land, wo kein Lohnabbau stattgefunden hat bei den Eisenbahnern, während insbesondere in den Vereinigten Staaten, aber auch in Deutschland, schon 1931 die Eisenbahnerlöhne abgebaut worden sind. Trotzdem ist der Rückgang des Betriebsüberschusses in der Schweiz am geringsten. Er beträgt nur 22 Prozent, währenddem er in den Ländern mit Lohnabbau 52 bis 78 Prozent ausmacht.

Schlussfolgerung: Der Lohnabbau führt zu einem allgemeinen Rückgang des Volkseinkommens. Die dadurch erzwungene Ausgabenbeschränkung der breiten Massen hat zwangsläufig einen starken Verkehrsrückgang zur Folge, der die Transportunternehmungen weit mehr schädigt als der durchgreifendste Lohnabbau ausgleichen könnte. Das gleiche gilt auch für andere Unternehmungen, die auf die Kaufkraft der breiten Massen angewiesen sind. Das gleiche gilt ferner vom Staat selbst, dessen Steuereinnahmen infolge einer allgemeinen Lohnsenkung viel mehr zurückgehen, als er durch den Lohnabbau im besten Falle einsparen könnte.

Der Lohnabbau ist deshalb kein geeignetes Mittel zur Sanierung der Finanzlage.

Zur Wirtschaftslage.

Selbstredend steht auch die Wirtschaftslage und ihre Beurteilung in engem Zusammenhang mit dem Problem des Lohnabbaues, so dass wir in diesem Zusammenhang auch über diese Frage einige Angaben machen möchten. Wir haben in unsern Konjunkturberichten seit letztem Herbst festgestellt, dass viele Anzeichen dafür sprechen, dass die Weltwirtschaft in das Stadium der De-

pression eingetreten ist, das heisst, dass die Krise im allgemeinen keine weitere Verschärfung mehr erfahren, allerdings auch noch keinen Aufschwung erleben werde.

Die seit mehr als einem halben Jahr beginnende Konsolidierung der Weltwirtschaft ist in der letzten Zeit allerdings empfindlich gestört worden durch den Wiederausbruch der amerikanischen Bankenkrise. Die Liquidität und Zahlungsfähigkeit zahlreicher amerikanischer Banken hat sich sehr verschlechtert, gerade infolge der rücksichtslos durchgeführten Abbaupolitik in Amerika. Die Aufwertung des Dollars im Inland musste zur Folge haben, dass die Schulden immer drückender werden und schliesslich nicht mehr verzinst werden können. In dem Moment steht natürlich das ganze Kreditsystem in Gefahr. Heute sieht man in Amerika diese Gefahr ein, freilich zu spät. Aber wie man vernimmt, ist die neue Regierung gewillt, das Steuer vollständig herumzuwerfen und statt der bisherigen Abbaupolitik eine Politik der Preisstützung, ja des Preisaufbaues in die Wege zu leiten.

Die Schweiz ist glücklicherweise noch nicht so schlimm dran wie Amerika. Sie darf es gar nicht so weit kommen lassen, und wir hoffen, dass bei uns die Vernunft, die nun vielleicht auch in Amerika wieder durchdringt, jene katastrophale Entwicklung verhindern kann. Auch bei uns müsste eine Fortsetzung des Preis- und Lohnabbaues zur Unterminierung der Kreditverhältnisse und schliesslich zum Zusammenbrechen der Hypothekarbanken führen. Das kann nur verhindert werden durch Stoppen des Abbaues.

Die Bankenkrise in Michigan und selbst die vorübergehend eingetretene Schliessung der Banken und Börsen in Neuyork haben eigentlich eine unerwartet geringe Rückwirkung gehabt auf die übrige Welt. Diese Ereignisse, die vor einem Jahr unzweifelhaft eine eigentliche Panik ausgelöst hätten, sind relativ ruhig aufgenommen worden. Auch das scheint uns ein Beweis dafür zu sein, dass die allgemeine Lage der Weltwirtschaft heute unbedingt gefestigter ist und dass sich allmählich eine Erholung anbahnt, die freilich Jahre brauchen wird.

Wir veröffentlichen nachstehend das Urteil des deutschen Institutes für Konjunkturforschung über die Weltkonjunktur, das in etwas zuversichtlicherem Tone gehalten ist. Anschliessend besprechen wir die Berichte über die Lage der schweizerischen Industrie, um die schweizerische Wirtschaftslage beurteilen zu können.

Das deutsche Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht folgenden Bericht über:

Die Weltkonjunktur Anfang März 1933.

Die in der Depression übliche Entspannung des Kreditgefüges, die sich seit dem Herbst des vergangenen Jahres nur noch sehr schleppend vollzog, ist durch den Wiederausbruch der Kreditkrise in den Vereinigten Staaten erneut gestört worden. Der Ausbreitung der Kreditkrise auf andere Länder sind jetzt jedoch gewisse Grenzen gezogen: Die kurzfristige Verschuldung der Länder untereinander ist weitgehend getilgt worden oder durch Moratorien, Stillhalteabkommen und Devisenzwangswirtschaft gebunden; die Loslösung zahlreicher Währungen vom Golde erleichtert die Abwehr eines neuen internationalen Deflationsdrucks.

Für Welthandel und Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Länder bedeutet der Wiederausbruch der Kreditkrise in den Vereinigten Staaten eine neue Belastung. Immerhin ist die Widerstandsfähigkeit der Güterwirtschaft gegen kreditäre Störungen heute erheblich stärker als 1931: Die Fertigwarenlager sind im allgemeinen sehr niedrig, die kurzfristige Verschuldung der Wirtschaft hat sich erheblich vermindert, zahlreiche «schwache Stellen» der Wirtschaft

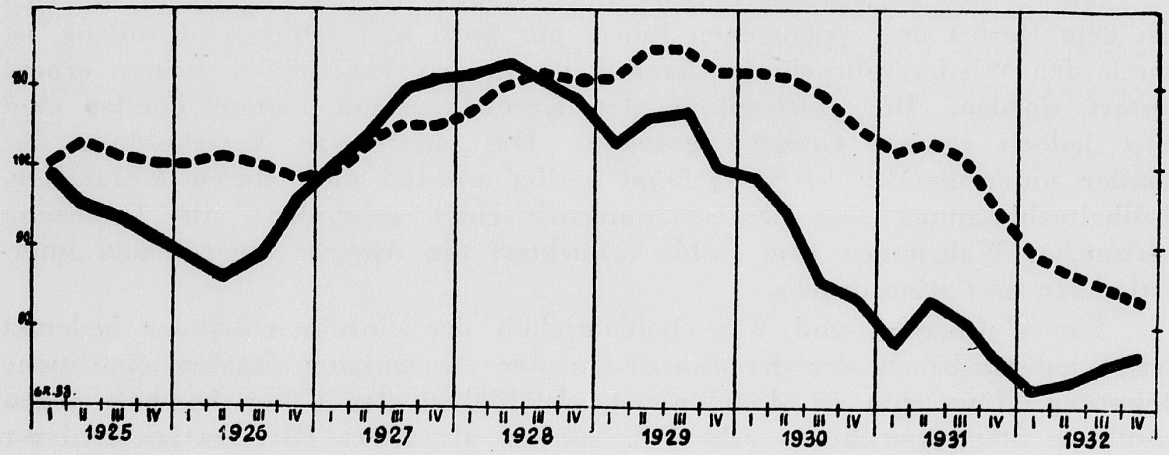
sind durch den vorangegangenen Liquidationsprozess bereits ausgemerzt worden, und vielfach macht sich ein dringender Ersatzbedarf bemerkbar. Eine etwaige weitere Wirtschaftsschrumpfung dürfte sich deshalb in verhältnismässig engen Grenzen halten.

Die Lage in der Industrie.

Die Erhebung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit über die Lage der Industrie erfasste im vierten Quartal 1932 insgesamt 2279 Betriebe mit rund 192,000 beschäftigten Arbeitern. Davon bezeichnen 7,5 Prozent der Betriebe den Beschäftigungsgrad als gut, 46 Prozent als befriedigend und 46,5 Prozent als schlecht. Im Vergleich zum dritten Vierteljahr hat sich das Urteil der Betriebsleiter im allgemeinen leicht gebessert, indem die Betriebe mit befriedigendem Beschäftigungsgrad etwas zugenommen, die mit schlechtem ein wenig zurückgegangen sind. Dabei kann eine saisonmässige Erholung (Weihnachtsgeschäft) eine Rolle spielen. Der Vergleich mit dem vierten Quartal 1931 ergibt im Durchschnitt eine annähernd gleiche Beurteilung. Es ist somit im Verlaufe des letzten Jahres keine Verschlechterung festgestellt worden.

Neben diesen Urteilen der Betriebsleitungen über den Beschäftigungsgrad, die natürlich subjektiv sind, erfasst die Erhebung des Bundesamtes aber auch einen objektiven Faktor, nämlich die tatsächlichen Veränderungen des Beschäftigungsstandes, gemessen an der Zahl der Arbeiter in gleichen Betrieben. Es waren im vierten Quartal 1932 noch 83 Prozent des Arbeiterstandes von Anfang 1925 beschäftigt, gegenüber 85 Prozent im dritten Quartal 1932 und 94 Prozent im letzten Vierteljahr 1931.

Die Gegenüberstellung der beiden Kurven des sogenannten Beschäftigungskoeffizienten (Beurteilung der Lage durch die Unternehmer) und des tatsächlichen Beschäftigungsstandes (Arbeiter in gleichen Betrieben), ergibt ein interessantes Bild, das wir in einer Graphik festgehalten haben. Der Verlauf der Kurven seit 1925 zeigt, dass der Beschäftigungskoeffizient dem tatsächlichen Beschäftigungsstand in der Regel etwas vorausgeht. Sein Aufstieg (1926—1928) erfolgte früher und auch steiler als bei der Beschäftigungskurve, und der Krisensturz setzt nach dem Unternehmerurteil ebenfalls schon in einem Zeitpunkt ein (Herbst 1928), wo die Zahl der beschäftigten Arbeiter noch im Zunehmen begriffen war. Dieser verschiedenartige Verlauf ist leicht erklärlich: Der Unternehmer spürt an verschiedenen Erscheinungen (Veränderung der



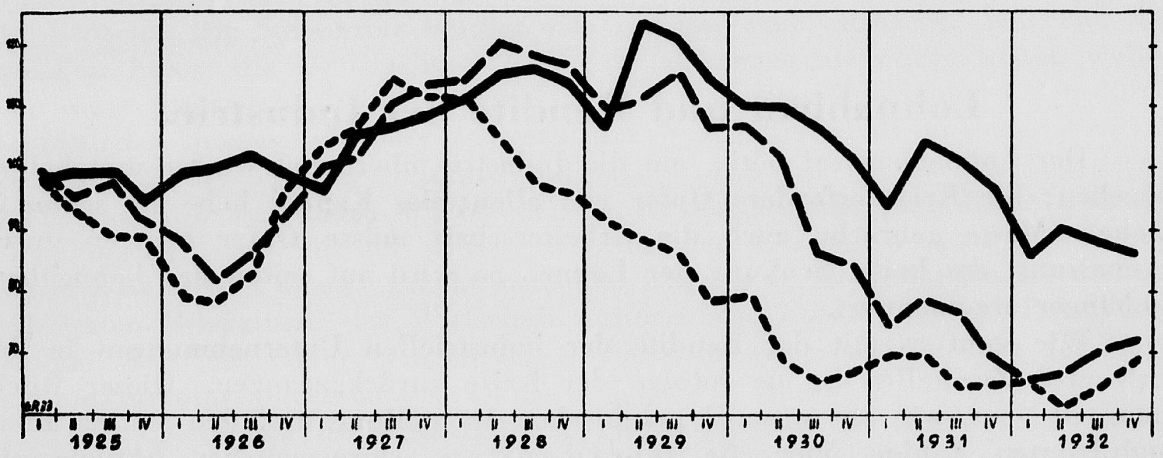
▬▬ Beschäftigungskoeffizient (Beurteilung des Geschäftsganges durch die Betriebsleiter).
▪▪▪▪ Index der beschäftigten Arbeiter in gleichen Betrieben.

Preise, des Auftragsbestandes usw.) das Herannahen der Krise wie der guten Konjunktur einige Zeit, bevor sich das in einer Verminderung oder Vermehrung der Zahl der Beschäftigten auswirkt. Daher kann der Beschäftigungskoeffizient als Signal einer wahrscheinlichen Veränderung der Wirtschaftslage gelten, während der Beschäftigungsstand nachher die Auswirkung auf die Produktion zum Ausdruck bringt. Freilich ist stets zu beachten, dass der Beschäftigungskoeffizient eine Mutmassung ist, ein unsicherer Faktor, da sich die Betriebsleiter täuschen können, während der zweite Faktor als Tatsache festgestellt wird.

Im Jahre 1932 ist der Beschäftigungskoeffizient von Quartal zu Quartal leicht gestiegen (von 72 im Frühjahr auf 76 im Herbst), während der Beschäftigungsstand weiter zurückging. Das heisst, dass die Unternehmer die Konjunktur etwas besser beurteilten oder wenigstens eine weitere Verschärfung nicht für wahrscheinlich hielten; die Zahl der Beschäftigten hat dagegen noch weiterhin abgenommen.

Nun sind das natürlich Durchschnittszahlen für alle Industrien. In einzelnen Zweigen ist die Bewegung ungleichartig. Interessant ist vor allem die Gruppierung nach Exportbetrieben, Betriebe die teilweise für den Export und solche, die überwiegend für das Inland arbeiten. Die Beurteilung der Konjunktur durch die Unternehmer (Beschäftigungskoeffizient) in diesen drei Gruppen ist in der folgenden graphischen Darstellung ersichtlich.

Der Beschäftigungskoeffizient nach Industriegruppen.



Industrien mit überwiegendem Inlandabsatz.
Industrien mit starkem aber nicht überwiegendem Export.
Industrien mit überwiegendem Export.

Die Exportbetriebe haben natürlich die Krisensenkung zuerst erlebt. Nachher folgten die Betriebe mit starkem, aber nicht überwiegendem Export, und erst zuletzt wurden die Inlandindustrien und -gewerbe in die Krise hinabgerissen. Seit fast einem Jahr nehmen aber die Kurven einen umgekehrten Verlauf: Während die Lage der Inlandindustrie sich weiter verschlechtert, haben sich die Betriebe, die vorwiegend oder erheblich für den Export arbeiten, eher etwas erholt.

Auch die Kurven des Beschäftigungsstandes nehmen, wenn man die Betriebe nach den erwähnten drei Gruppen einteilt, ungefähr denselben Verlauf, nur in etwas schwächerem Ausmass. Der Beschäftigungsstand sank 1932 am stärksten in den Betrieben mit überwiegendem Inlandabsatz; er sank weniger stark in gemischten Betrieben, während er in den Exportbetrieben nach einem Rückgang bis zum dritten Quartal, im vierten Quartal eine leichte Festigung erfuhr.

Auf die einzelnen Industriezweige wollen wir nicht eingehen. Es sei nur erwähnt, dass die Situation im Baugewerbe und in den verwandten Wirtschaftszweigen (Holz-, Steinindustrie) bedeutend schlechter beurteilt wird. Eine Besserung ist im vierten Quartal namentlich festgestellt worden für die chemische Industrie, Papier-, Leder-, Kautschukerzeugung und für einige Zweige der Textilindustrie. Auch aus der Uhrenindustrie wurde eine leichte Erholung gemeldet.

Zusammenfassend ergeben sich aus der Industriestatistik des Bundesamtes folgende Feststellungen:

Die Lage der Exportindustrie bleibt seit ungefähr einem Jahr stabil. Eine weitere Verschärfung der Krise ist nicht eingetreten. Dagegen ist für die Inlandindustrien, namentlich für das Baugewerbe, die Konjunktur weiter abwärts gerichtet.

Das ist die volle Bestätigung dessen, was die Gewerkschaften vorausgesagt haben. Die Abbaupolitik des Bundesrates und der Unternehmer musste die Inlandindustrien in die Krise hineinreissen. Es kann aus diesen Tatsachen nur der Schluss gezogen werden: Die Abbaupolitik muss gestoppt werden, um die Krisenverschärfung in den für das Inland arbeitenden Wirtschaftszweigen zu hemmen. Die Exportindustrie befindet sich auf einem Niveau, wo sie kaum eine weitere Verschlechterung zu erwarten hat. Der Rückgang scheint eher aufgehalten zu werden. Sie kann aber keinen Nutzen ziehen aus dem Lohnabbau und der daraus folgenden Zertrümmerung der Kaufkraft in der Inlandwirtschaft.

Lohnabbau und Rendite der Industrie.

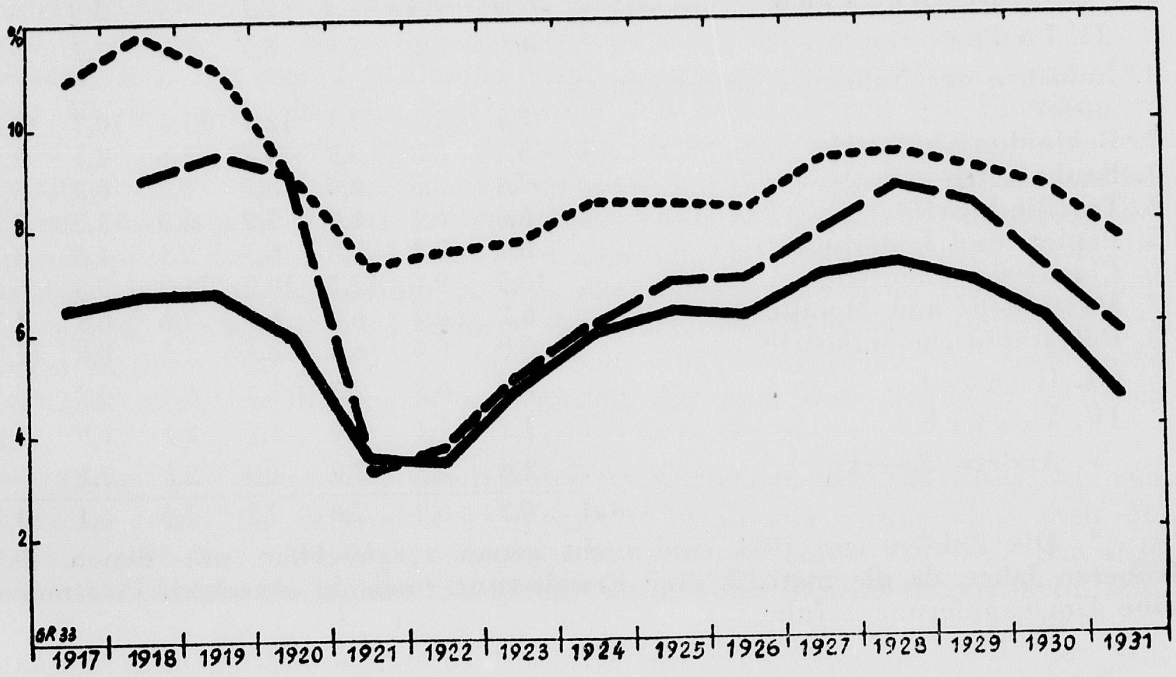
Der Lohnabbau sei nötig, um die Industrie überhaupt wieder rentabel zu machen; die Krise erfordere Opfer von allen; das Kapital habe sie schon in hohem Masse gebracht, auch die Arbeiterschaft müsse Opfer bringen durch Anpassung, das heisst Senkung der Löhne. So wird auf seiten der Lohnabbauanhänger argumentiert.

Wie steht es mit der Rendite der industriellen Unternehmungen in der Schweiz? Zweifellos ist sie infolge der Krise zurückgegangen. Dieser Rückgang ist aber, wie aus unserer graphischen Darstellung und den weiter unten publizierten Zahlen über die Dividenden schweizerischer Aktiengesellschaften hervorgeht, keineswegs katastrophal. Die durchschnittliche Dividende stand im Krisenjahr 1931 noch auf 4,5 Prozent, die der Industriegesellschaften sogar auf 5,8 Prozent. Also eine Verzinsung, die über die durchschnittliche Verzinsung vom Anlagekapital immer noch weit hinausgeht. Wenn man das dividendenlose Kapital ausscheidet, so kommt man für die Dividenden verteilenden Gesellschaften sogar auf eine Durchschnittsdividende von 7,7 Prozent. Diese Aktionäre werden also trotz des Rückganges der Dividende seit 1928 sicher noch nicht armengenössig werden.

Interessant ist vor allem auch ein Vergleich mit der letzten schweren Krise. Trotzdem man ziemlich allgemein der Meinung ist, die gegenwärtige Krise sei schärfer als die von 1921/22, ist festzustellen, dass damals die Rendite der schweizerischen Industrieunternehmungen wie der übrigen Gesellschaften niedriger war als heute. Mit andern Worten: Die Aktionäre bringen in dieser Krise weniger grosse Opfer als in der ersten Nachkriegskrise 1921/22.

Ferner ist zu beachten, dass in der Zwischenzeit von 1923/28 die Dividendenkurve einen gewaltigen Aufschwung erlebt hat. Die Durchschnitts-

Die Dividenden schweizerischer Aktiengesellschaften 1917—1931.



▬ Dividende aller Gesellschaften.
▬▬ Dividende der Industriegesellschaften.
▪▪▪▪ Dividende der Dividenden verteilenden Gesellschaften (ohne dividendenloses Kapital).

dividende stieg von 3,7 auf 7,2 Prozent, die Industriedividende von 3,6 auf 8,7 Prozent. Die Steigerung beträgt also 100 und mehr Prozent. Während dieser Zeit haben die Unternehmer und Kapitalbesitzer nie etwas wissen wollen von einer Anpassung der Löhne, und in diesem ganzen Zeitraum ist der durchschnittliche Nominallohn der schweizerischen Arbeiterschaft nur von Fr. 11.70 auf Fr. 12.20 im Tag für Gelernte und von Fr. 9.26 auf Fr. 9.69 für Ungelernte gestiegen, also um ganze 4 Prozent. Es ist daher ungerecht, heute von der Arbeiterschaft, die an der ganzen Periode der Hochkonjunktur sozusagen keinen Anteil gehabt hat, eine Anpassung zu verlangen an die verminderten Erträgnisse der Wirtschaft, sondern die Forderung rechtfertigt sich vollauf, dass jene Opfer bringen sollen, die auch die grossen Profite der Hochkonjunktur eingesteckt haben. Das Mittel hierfür ist die Krisensteuer.

Die Dividende der wichtigsten Wirtschaftszweige in den Jahren 1917/31 ist aus folgender Tabelle ersichtlich.

Erwerbszweig	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
I. Urproduktion . . .	*6,9*	*6,8*	*6,2*	*3,7*	*3,5*	*4,1*	*5,2*	*9,2*
II. Industrie	*11,0*	*11,7*	*11,0*	*9,1*	*3,4*	*3,6*	*4,9*	*6,0*
1. Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	12,5	16,1	13,3	12,6	3,1	2,7	4,5	5,4
2. Bekleidungsindustrie	9,5	10,4	9,9	9,2	4,4	0,8	3,9	5,9
3. Bauindustrie	4,7	6,7	7,0	7,1	3,2	4,7	6,5	7,2
4. Textilindustrie	7,9	11,7	9,0	7,8	4,5	5,2	6,2	6,9
5. Papier- und Lederindustrie . .	8,6	11,7	8,7	11,2	4,2	2,3	3,5	5,6
6. Chemische Industrie	20,9	20,2	20,2	9,5	4,3	6,6	8,2	11,2
7. Maschinen- und Metallindustrie	11,1	8,1	9,2	7,2	2,5	2,4	3,1	3,6
8. Polygraphische Industrie . . .	0,8	3,5	3,1	5,1	4,6	3,5	4,5	5,3
III. Handel	*5,3*	*5,6*	*5,2*	*4,9*	*4,5*	*4,2*	*5,4*	*6,1*
IV. Verkehr	*0,5*	*0,7*	*1,0*	*0,8*	*0,5*	*0,5*	*0,7*	*1,0*
V. Andere Zwecke	1,6	4,0	0,1	1,4	0,4	0,7	1,2	2,9
Total	6,5	6,7	6,7	5,9	3,7	3,7	4,8	5,9

Erwerbszweig	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931*
I. Urproduktion	*7,4*	*7,4*	*7,3*	*7,1*	*6,9*	*5,8*	—
II. Industrie	*6,9*	*7,0*	*7,9*	*8,7*	*8,4*	*7,1*	*5,8*
1. Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	7,5	7,1	7,7	12,4	11,6	10,7	10,6
2. Bekleidungsindustrie	5,9	3,8	3,9	4,8	3,6	2,1	1,7
3. Bauindustrie	7,4	8,5	8,6	8,7	8,2	6,2	5,1
4. Textilindustrie	6,6	6,1	6,9	7,2	5,9	3,7	2,2
5. Papier- und Lederindustrie	6,4	5,4	5,8	6,3	5,3	4,6	3,7
6. Chemische Industrie	10,5	9,6	13,3	10,7	11,2	9,8	6,6
7. Maschinen- und Metallindustrie	5,2	6,4	6,8	6,8	7,4	6,5	4,7
8. Polygraphische Industrie	6,0	6,4	6,5	8,1	7,6	8,8	11,5
III. Handel	*6,4*	*6,3*	*7,3*	*7,2*	*6,9*	*6,2*	*4,3*
IV. Verkehr	*1,2*	*1,1*	*1,4*	*1,7*	*2,1*	*1,9*	*1,1*
V. Andere Zwecke	2,6	3,3	2,0	1,9	2,3	2,1	—
Total	6,2	6,2	7,0	7,2	7,0	6,1	4,5

* Die Zahlen von 1931 sind nicht genau vergleichbar mit denen der früheren Jahre, da die Statistik eine Erweiterung sowie in einzelnen Positionen eine Umgruppierung erfuhr.

Wirtschaft.

Die schweizerischen Grossbanken.

Die Kreditkrise, die Mitte 1931 ausgebrochen ist, ist noch nicht beendet. Sie hat im Mai/Juni 1932 ihren Höhepunkt erreicht nach dem Zusammenbruch des Kreugerkonzerns. Seither ist im allgemeinen etwelche Beruhigung eingetreten, wenn auch das Vertrauen, die Basis jedes Kreditgeschäftes, noch nicht wiedergekehrt ist. Auch die Gruppe der Schweizerbanken, die sich stark auf das internationale Geschäft eingelassen hat, die Grossbanken, stehen daher immer noch unter den Einwirkungen der internationalen Krise.

Der Rückbildungsprozess, der für die Grossbanken im Jahre 1931 eingesetzt hatte, dauerte 1932 an, freilich in etwas verlangsamtem Tempo. Die Bilanzsumme, das heisst der Gesamtbetrag der den Grossbanken zur Verfügung stehenden Mittel, ging weiter zurück von 7,2 auf 6,5 Milliarden. Die Schrumpfung ist etwa halb so gross wie im Vorjahr, wo sie 1½ Milliarden betragen hatte. Prozentual nimmt die Bilanzsumme um 10 Prozent ab gegen 17 Prozent im Vorjahre.

Der Stand der acht schweizerischen Grossbanken auf Ende Dezember 1932 ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

	Aktienkapital	Reserven	Fremde Gelder[1]	Bilanzsumme	Reingewinn	Reingewinn in Prozent des Aktienkapitals	Dividende in Prozent des Aktienkapitals
	in Millionen Franken						
Schweiz. Bankverein	160	53	1089	1341	10,3	6,4	6
Schweiz. Kreditanstalt	150	54	1066	1331	12,9	8,6	8
Schweiz. Volksbank	186	28,5	1028	1263	6,1	3,3	3,09
Schweiz. Bankgesellschaft	100	32	551	713	4,1	4,1	4
Eidgenössische Bank	100	30	387	566	5,1	5,1	5
Basler Handelsbank	100	33,5	345	528	4,0	4,0	4
Schweiz. Diskontbank	100	5	262	390	—[2]	—[2]	—
A.-G. Leu & Co.	50	7,2	287	366	2,6	5,3	5
Total Ende 1932	946	243,2	5015	6498	45,1	4,8	4,5
Im Jahre 1931	928	241,4	5531	7171	49,2	5,4	5,15
Veränderung 1932 gegen 1930 in Prozent	+ 1,9	+ 0,8	— 9,3	— 9,4	— 8,3	— 11	— 13

[1] Depositen, Obligationen, Kreditoren, Bankschulden, [2] Noch nicht bekannt.